

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
18 / 2008

Politischer Bericht aus den USA

Quo Vadis GOP? Die Republikaner streiten um ihre politische Zukunft

26. November 2008

Ulf Gartzke
Maximilian Endroes
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-202 oder -204
Fax: 089 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die US-Wahlen 2008 sind vorbei – Der Richtungsstreit bei den Republikanern fängt an

Das Ende von Karl Roves Vision

- 2004 war die politische Welt für die Republikaner noch in Ordnung. Der deutliche Wahlsieg von Präsident George W. Bush über seinen Herausforderer Senator John Kerry aus Massachusetts und die Erringung der Mehrheit in beiden Kammern des US-Kongresses schien Karl Roves Vision einer dauerhaften republikanischen Vormachtsstellung im politischen Leben Amerikas eindrucksvoll zu bestätigen. Bushs einflussreicher Chef-Stratege (Spitzname „the Architect“) hatte seit 2000 darauf gesetzt, die drei prominentesten konservativen Strömungen im Land – christlich-konservative „evangelicals“, „national security hawks“ und „fiscal conservatives“ – in der republikanischen Partei effektiv zu vereinen und im Rahmen polarisierender Wahlkämpfe massiv zu mobilisieren. Mit einem auf mitfühlendem Konservatismus („compassionate conservatism“) basierenden Wahlprogramm, dass u.a. stärkere soziale Akzente in der Bildungs- und Gesundheitspolitik setzt, würde es der „Grand Old Party“ (GOP) darüber hinaus gelingen, gezielt die wichtige Gruppe der „Independents“ auf ihre Seite zu ziehen. Der dritte Pfeiler von Karl Roves Vermächtnis einer „long-lasting Republican majority“ sollte schließlich die politische Mobilisierung der Hispanics sein. Denn warum sollte die am schnellsten wachsende Minderheit Amerikas (Bevölkerungsanteil z.Z. rund 14 Prozent) politisch einfach den Demokraten überlassen werden? Schließlich stehen viele Migranten aus Mexiko, Honduras, etc. mit ihrer katholisch-wertkonservativen Haltung und der Ablehnung hoher Steuern und Staatsabgaben im Kern den Republikanern näher. Vier Jahre später ist Karl Roves Traum zerplatzt. Die Demokraten konnten mit Barack Obama das Weiße Haus zurückerobern und genießen nunmehr auch in beiden Kammern des Kongresses satte Mehrheiten.

Das schwierige Erbe von George W. Bush

- Die klare Wahlniederlage 2008 hat nun einen massiven Richtungsstreit in der GOP ausgelöst. In kleinen informellen Zirkeln, aber auch auf größeren Konferenzen, wie z.B. dem jüngsten Treffen der Republican Governors Association in Miami, sowie in Internetblogs und den Meinungsseiten großer Zeitungen streiten sich die Republikaner heftig um die Zukunft ihrer Partei. Der Flügelkampf ist voll entbrannt: Auf der einen Seite stehen die Traditionalisten, welche die konservativen republikanischen Kernprinzipien vertreten: „small government“, niedrige Steuern, wenig Sozialausgaben, ein starkes Militär, restriktive Immigrationspolitik sowie ein dezidiert christlich-wertkonservatives Profil bei wichtigen Fragen wie Abtreibung, Stammzellenforschung, Homo-Ehe etc. Die Traditionalisten argumentieren, dass George W. Bush u.a. durch die massive Ausweitung der Staatsausgaben die konservativen Grundprinzipien seiner eigenen Partei verraten habe. In der Tat ist Bushs ideologisch-programmatische Neuausrichtung hin zu einem „mitfühlenden Konservatismus“ vielen republikanischen Stammwählern von Anfang an suspekt gewesen. Bush war von der Idee geleitet, Angehörige schwächerer sozialer Schichten mittels staatlicher Unterstützung zu befähigen, ihre Lebensumstände aus eigener Kraft zu bessern. Wichtige Elemente waren dabei das Gesetz zur Stärkung der Bildung von Kindern und Jugendlichen („No Child Left Behind Act“) sowie die Hunderte von Milliarden Dollar schwere „prescription drug benefit bill“, eine staatliche Beihilfe für verschreibungspflichtige Medikamente. Diese Programme und die seit dem 11. September 2001 massiv gestiegenen US-Militärausgaben mit den Interventionen in Afghanistan und Irak – die gesamten militärischen Aufwendungen Amerikas belaufen sich derzeit auf über 700 Milliarden US-Dollar pro Jahr – führten zu einer starken Ausweitung der Staatsausgaben unter George W. Bush, welche in Verbindung mit den massiven Steuersenkungspaketen der letzten Jahre dramatische US-Haushaltsdefizite verursacht haben. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Tendenz natürlich noch weiter verstärkt. Während Bill Clinton das Weiße Haus Anfang 2001 mit einem Haushaltsüberschuss von rund 230 Milliarden US-Dollar verließ, so steht dem am Ende der Ära Bush ein Defizit von 482 Milliarden US-Dollar gegenüber.

John McCains Niederlage und der „Palin-Faktor“

- Auch mit John McCain als Präsidentschaftskandidaten konnte sich der konservative Parteiflügel der Republikaner nie so richtig anfreunden. Zu liberal seine Haltung in der Immigrationspolitik, zu unpopulär seine Initiative zur Reform der Wahlkampffinanzierung und zu unentschlossen seine Haltung bei der Erschließung neuer Ölquellen („Drill, Baby Drill!“) in Alaska. McCains deutliche Wahlniederlage hat in den Augen der Traditionalisten auch die moderaten Strömungen in der GOP endgültig diskreditiert. Bemerkenswert ist jedoch, dass 2008 McCain mehr Stimmen von der religiösen Rechten bekommen hat als Bush im Jahr 2004. Damals machten die Evangelikalen etwa 36 Prozent von Bushs Wählern aus. Dieses Jahr stieg der Anteil dieser religiös-konservativen Gruppe an den McCain-Wählern sogar auf 38,5 Prozent. Unterm Strich bedeutet dies, dass McCain ca. 1,8 Millionen Evangelikale mehr für sich gewinnen konnte als Bush (Hintergrund ist hierbei sicherlich v.a. der „Palin-Faktor“). Insgesamt war auch McCains Präsidentschaftskampagne keineswegs moderat, sondern dezidiert konservativ ausgerichtet. Der Republikaner versuchte konsequent, Obama als politischen Links-Außen-Politiker zu attackieren; gleichwohl funktioniert hat diese Wahlkampfstrategie nicht. Trotzdem fordert das traditionalistische Lager vor dem Hintergrund der Wahlniederlage 2008 eine Rückbesinnung auf traditionelle, konservative Werte. Nur so könne langfristig die Regierungsverantwortung wieder zurückerobert werden. Es ist vor allem Sarah Palin, auf die viele Traditionalisten 2012 ihre Hoffnungen setzen. Mit ihrer strikten Ablehnung von Abtreibung und Homo-Ehen, dem Fokus auf „small government“ und „lower taxes“ sowie ihrer volkstümlichen Art der Kommunikation („You betcha!“) verkörpert Sarah Palin jenen bodenständigen Ur-Konservativismus, den viele Republikaner in ihrer Partei vermissen.

Die Republikaner in der „demographischen Falle“

- Den GOP-Traditionalisten steht die Gruppe der Reformer gegenüber. Gemäß ihrer Position muss sich die Partei dringend ideologisch erneuern und den Erfordernissen der Zeit anpassen. Die Reformer können sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, dass die Antwort auf alle Probleme in einer Senkung der Staatsausgaben bzw. der Staatsquote bestünde. Im Unterschied zu den Traditionalisten sehen sie den Staat in der Pflicht, wenn es darum geht, sozialer Ungleichheit oder den ökonomischen Ängsten der Mittelklasse zu begegnen. Sogar dem Klimawandel, einem von der Bush-Administration lange Zeit ignorierten Problem, wollen sich die GOP-Reformer widmen. Darüber hinaus sehen Vertreter dieser Strömung auch die dringende Notwendigkeit, dass sich die Partei dem demographischen Wandel des Landes anpassen muss. Bereits im Jahr 2050 werden jene Gruppen, die sich heute noch als Minderheiten bezeichnen – nämlich Hispanics und Schwarze – die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung stellen. Die republikanische Kernwählerschaft - weiße Männer und Frauen - wird dagegen auch vor dem Hintergrund niedriger Geburtenraten und weiterer Immigrationsströme in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Der konservative Publizist Ross Douthat hat diese Trends als die demographische Falle („demographic trap“) der Republikaner bezeichnet. Die jüngsten Exit-Polls der Wahlen 2008 geben Douthat in der Tat Recht. Obama gewann bei den Hispanics 67 Prozent, bei den Schwarzen 95 Prozent und sogar 62 Prozent bei den Asian-Americans (wirtschaftlich gesehen die erfolgreichste US-Bevölkerungsgruppe). Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Republikaner verlieren zunehmend den politischen Kontakt zu den demographischen Kerngruppen der Zukunft. Während Bush 2004 noch rund 44 Prozent der Hispanics-Stimmen gewann, büßte McCain in dieser Gruppe 2008 dramatisch an Unterstützung ein und kam demgegenüber nur noch auf 31 Prozent. Gerade die harte GOP-Linie in der Einwanderungspolitik („enforcement first!“) hat viele Hispanics dazu gebracht, sich von den Republikanern abzuwenden.

GOP-Reformen à la David Cameron oder „back to the roots“?

- Auf publizistischer Ebene genießen die GOP-Reformer derzeit die intellektuelle Lufthoheit. In Büchern wie „Comeback“ oder „Grand New Party“ von Autoren wie David Frum oder Ross Douthat werden Entwürfe für eine Reform der Partei skizziert. Das Vorbild für viele US-Reformer ist dabei der Parteichef der britischen Konservativen, David Cameron. Er hat seine Partei von veralteten ideologischen Strukturen befreit und Konservatismus mit neuen Inhalten wie z.B. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit oder dem aktiven Eintreten für Menschenrechte angereichert. Politisch werden die moderaten Kräfte der Republikaner u.a. von Minnesotas Gouverneur Tim Pawlenty (er wurde 2008 auch als möglicher Vize-Präsidentschaftskandidat unter McCain gehandelt), aber auch Rudy Giuliani, dem prominenten früheren Bürgermeister New Yorks, verkörpert. Trotzdem ist eine grundlegende ideologisch-programmatische Neuausrichtung der Republikaner in naher Zukunft nicht zu erwarten. Die jüngsten Wahlen haben schließlich auch prominente moderate Republikaner wie z.B. Chris Shays aus dem Kongress gefegt. Die verbliebenen konservativen republikanischen Abgeordneten scheinen dabei mitunter nicht unfroh darüber zu sein, dass sie sich in Zukunft nicht mehr parteiintern mit ihren moderaten Kollegen auseinandersetzen müssen. Es sind dabei v.a. alle die konservativen Congressmen im House Republican Study Committee (RSC), die eine dezidiert konservative Neuausrichtung ihrer Partei fordern und dabei am liebsten gleich die aktuelle GOP-Führung im Repräsentantenhaus stürzen wollen. Wichtiger Ausgangspunkt ist dabei die Rückbesinnung auf fiskalkonservative Prinzipien durch eine strikte Form der Ausgabenbegrenzung (Stichworte „fighting against pork barrel spending“ und „earmark reform“ etc.). Darüber hinaus haben sich die Traditionalisten im Laufe der Jahre ein regelrechtes Netzwerk von Thinktanks („Heritage Foundation“, etc.) Publizisten, Grass-Roots-Aktivisten (Leadership Institute, etc.) und wohlhabenden Spendern aufgebaut. Auf der Seite der Reformer hingegen mangelt es an ähnlichen Institutionen, die ihnen unterstützend zur Seite stehen könnten.

Reformer vs. Traditionalisten

- Bereits kurz nach der Wiederwahl Bushs im Jahr 2004 mahnten innerhalb der Republikaner vereinzelte Kritiker, so z.B. die ehemalige US-Umweltministerin und frühere Gouverneurin von New Jersey, Christine Todd Whitman, dass sich die Partei auf dem Weg ins politische Abseits befände. Allzu sehr würde sich die GOP auf Fragen wie Abtreibung, Homo-Ehe oder Stammzellforschung konzentrieren; alles Themen, die sehr weit von den Alltagsorgen der meisten Amerikaner entfernt seien. Nach den verlorenen Wahlen 2008 ging Todd Whitman mit dem polarisierenden Zeitungskommentar „Free the GOP“ in der „Washington Post“ erneut auf die Traditionalisten los: „The Republican Party ha[s] been taken hostage by „social fundamentalists“ – so eine ihrer provokanten Thesen. Und in der Tat, die Wahlergebnisse 2008 liefern den Reformern viel intellektuelle Munition: Der Hauptgrund für die Niederlage McCains lag in einem massiven Einbruch bei moderaten Wählern – fast 6,5 Millionen Stimmen gingen hier im Vergleich zu Bush verloren. Der Vorwurf, McCains Wahlkampf sei nicht konservativ genug gewesen, trifft also nicht zu. Doch wo liegt nun die Zukunft der „Grand Old Party“? Was sind die wegweisenden Inhalte, welche die Republikaner wieder attraktiv für die amerikanischen Wähler machen könnten? Genau an dieser Frage spalten sich die konservativen Gemüter. Verfolgt man die aktuellen Washingtoner Diskussionen zu diesem Thema, dann wird deutlich, dass sich die Republikaner derzeit in einem ideologischen schwarzen Loch befinden. Die parteiinterne Diskussion nimmt dabei fast schon schizophrene Züge an. Die Reformer bringen gute Gründe für ihr Anliegen vor. Ihre Wahlanalysen sind deutlich: Die Partei hat auf die drängendsten Probleme der Amerikaner keine Antworten gegeben; es mangelt an überzeugenden Lösungen für die desolante Situation der Kranken- und Sozialversicherung; auch bei der Bewältigung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise konnte McCain mit seinem erratischen Aktionismus (Unterbrechung des Wahlkampfes, Rückkehr nach Washington, Fast-Absage der TV-Debatte mit Obama, etc.) politisch keinen Boden gut machen. Führende konservative Publizisten wie David Brooks (New York Times) kritisieren deshalb, dass

sich die Republikaner zu lange damit begnügt hätten, links-liberale Ideen, ungeachtet ihrer Sinnhaftigkeit, von vornherein einfach abzulehnen, ohne jedoch überzeugende Gegenargumente zu liefern. In krisenhaften Zeiten erwarten die Menschen eben mehr als das Dauer-Mantra von „small government“ und „tax cuts“.

„Es werden bald wieder Zeiten kommen, wo es Spaß macht, Konservativer zu sein“

- Der konservative GOP-Flügel argumentiert hingegen historisch. Die Diskussion um die Zukunft der Republikaner habe nach jeder Wahlniederlage stattgefunden. Zuletzt 1992-1994 im Zusammenhang mit Newt Gingrich und seinem konservativen „Contract with America“. Das Festhalten an den konservativen Prinzipien habe der GOP dabei aber immer wieder ein politisches Comeback (z.B. 1994, 2000, 2002, 2004) beschert. Dabei bedienen sich die Traditionalisten nunmehr eines Argumentationsmusters, das bereits in McCains Wahlkampf sichtbar wurde: eine deutliche Abgrenzung gegenüber George W. Bush. Die im Moment von vielen Parteirechten betriebene Diskreditierung und politische Demontage ihres „lame-duck president“ nimmt dabei mitunter bizarre Formen an. So ist auf dem Titelblatt der aktuellen Ausgabe des „American Conservative“ Magazins ein Portrait Bushs zu sehen und daneben eine Liste seiner politischen Errungenschaften innerhalb der letzten acht Jahre mit der Überschrift „Missions Accomplished“. Die sarkastische Hitparade der größten Leistungen Bushs liest sich dabei teilweise wie die Talking Points der Obama-Wahlkampagne. Aufgeführt wird u.a.: Start a war (or two); shred Constitution; crash economy; ruin America’s reputation; create Democratic majority; recruit for al-Qaeda; nationalize banks; cut taxes now, pay later; misunderestimate hurricane [Katrina]; discredit conservatism; federalize Education; spy on citizens, etc. Nahezu die gesamte Politik Bushs, welche lange Zeit von den Parteirechten geradezu glühend unterstützt wurde, wird nun plötzlich in einen Verrat am Konservatismus umgedeutet. Betrachtet man jedoch die vergangenen acht Jahre, so erscheint diese Kehrtwende der Parteirechten wenig glaubwürdig. Neben dem Festhalten an konservativen Prinzipien scheint eine andere Strategie der Traditionalisten darin zu bestehen, einfach abzuwarten, was in den kommenden Monaten passiert. Explizit ausgesprochen hat dies der konservative Publizist Jonah Goldberg. „Es werden bald wieder Zeiten kommen, wo es Spaß macht, Konservativer zu sein“. Gerade dem GOP-Nachwuchs ist allein diese Aussicht jedoch zu wenig. Sie fordern eine radikale Veränderung und Öffnung der Partei, insbesondere auch in sozial-demographischer Hinsicht. Zu lange habe die Partei engstirnig ihre Politik entlang des gesellschaftlichen Idealbilds von der glücklichen Familie in der Vorstadt mit zwei Kindern, Hund und Kombi ausgerichtet. Die Realität der immer größer werdenden Gruppe von „single moms“, die mehrere Jobs haben, und anderer abweichender Lebensläufe seien einfach ignoriert worden. Besonders für jüngere Menschen ist es schlicht „uncool“, Republikaner zu sein. Zu Themen wie Klimawandel oder Immigrationspolitik nehme die GOP Positionen ein, welche sie für die Wähler zwischen 18 und 29 zunehmend unattraktiv mache.

Referendum über Barack Obama oder politische Neuausrichtung Amerikas?

- Ist die jüngste Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA nun aber Zeichen einer grundlegenden Neuausrichtung der politischen Landschaft Amerikas? Sind die USA politisch nach links gerückt? Schaut man sich die Ergebnisse der Wahlen 2006 und 2008 an, so könnte man auf den ersten Blick durchaus zu diesem Schluss kommen. Bei beiden Wahlen haben die Demokraten insgesamt 12 Senatssitze und gut 50 Sitze im Repräsentantenhaus dazugewonnen. Umfragen zeigen überdies, dass den Demokraten von der US-Bevölkerung politische Kompetenzen zunehmend in solchen Bereichen zugetraut werden, die traditionell eigentlich eine Domäne der Republikaner sind: z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus lässt sich auch vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise eine Veränderung in den politischen Werten und Überzeugungen der Amerikaner feststellen. Bei einer Umfrage des Wall Street Journals im Jahre 1995 gab nur ein Drittel der Befragten an, dass der Staat mehr leisten solle, um die Probleme des Landes zu lösen. 62 Prozent meinten damals, der Staat mische sich viel zu sehr

in Angelegenheiten ein, die ihn nichts angehen. 2008 hingegen ergibt dieselbe Umfrage ein ganz anderes Bild. Eine knappe Mehrheit der Befragten, 51 Prozent, sprachen sich für einen stärkeren Staat aus. Nur noch 43 Prozent wollen hingegen die Rolle und den Einfluss des Staates zurückdrängen.

Amerika als „center-right nation“

- Auf den zweiten Blick jedoch relativieren sich die oben genannten Zahlen. Der prognostizierte Erdrutschsieg der Demokraten ist 2008 ausgeblieben. Im Vergleich zu 2000 und 2004 konnten sie ihren Stimmanteil lediglich um 5 Prozentpunkte steigern: von 48 auf 53 Prozent. Und dieser Stimmvorsprung basiert auf einigen wenigen Faktoren wie einer größeren Mobilisierung von Jungwählern, Hispanics und Schwarzen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass diese Gruppen von Obamas charismatischer Ausstrahlung angezogen wurden und nicht aus politischer Überzeugung für ihn gestimmt haben. Und auch andere Zahlen sprechen gegen eine grundlegende Veränderung der politischen Kultur: 2004 bezeichneten sich 21 Prozent aller US-Wähler als „liberal“ (d.h. politisch links); 34 Prozent bezeichneten sich als konservativ. Dieses Verhältnis ist nahezu gleich geblieben. Dieses Jahr bezeichneten sich 22 Prozent der Wähler als liberal und wiederum 34 Prozent als konservativ. Zudem haben die Exit Polls gezeigt, dass die Wahlbeteiligung von Demokraten signifikant höher war – nämlich um 7 Prozentpunkte – als jene der Republikaner. Das Wahlergebnis ist also vielmehr die Reaktion auf einen dramatisch unbeliebten republikanischen Amtsinhaber und einen sehr charismatischen demokratischen Ausnahme-Kandidaten; aber nicht wirklich das Ergebnis eines grundlegenden Wandels in der politischen Kultur. Das politische Klima in den USA ist und bleibt traditionell eher konservativ. Dieses lässt sich auch daran ablesen, dass sich selbst im „liberalen“ Kalifornien eine Mehrheit der Wähler am 4. November per Referendum gegen die legalisierte Homo-Ehe aussprachen. Republikaner sprechen dabei häufig stolz von Amerika als einer „center-right nation“. Es bleibt aber festzuhalten, dass sich in den USA ein Sinn für soziale Probleme entwickelt hat. Ob konservative Forderungen nach einem schlankeren Staat deshalb politisch wirklich sinnvoll sind, ist mehr als fragwürdig.

Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

Maximilian Endroes ist z.Z. Praktikant der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

+++